

BLITZLICHTER

Informationen aus der politischen Arbeit
in Berlin und für Bremen



Dr. Carsten Sieling

Mitglied des Deutschen Bundestages

In dieser Ausgabe:

Nr. 7 – 17. September 2010

Moderner Ablasshandel	2
Fremdgehen bleibt teuer	3
Anleger ohne Schutz	3
Sechs Wochen Wahlkreis „am Stück“	4
Gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt vorgehen - Besuch des Projektes ADA	4
Kurzmeldungen	4
Die Vergessene - Wie das Taxigewerbe um seine Existenz fürchtet	5
Zu Besuch bei der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft Bremen	5
Terminübersicht	6

Impressum

ViSdP:
Dr. Carsten Sieling, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ 030 . 227 - 71596

✉ carsten.sieling.ma01
@bundestag.de

Sehr geehrte Damen
und Herren,
liebe Freunde,
liebe Genossinnen
und Genossen,



Haushaltsberatungen gelten als Sternstunden des Parlamentarismus. Heute wird die 1. Lesung des Bundeshaushaltes 2011 abgeschlossen. Dabei hat die schwarz-gelbe Bundesregierung ihrem Namen als Koalition der sozialen Kälte alle Ehre gemacht.

Keine Frage – wir müssen unseren Haushalt konsolidieren. Das geht aber nicht nur durch Ausgabenkürzungen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Bundesrepublik zusätzliche Belastungen in zweistelliger Milliardenhöhe aufgebürdet. Doch anstatt die Verursacher der Krise finanziell zur Krisenbewältigung heranzuziehen, müssen jetzt kleine und mittlere Einkommen und Rentnerinnen und Rentner die Zeche zahlen. Die Bundesregierung wird den Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger ebenso wie z.B. das Elterngeld von Hartz-IV-Empfängern ersatzlos streichen, während Vermögende und hohe Einkommen ungeschoren

davon kommen. So sieht das christliche-liberale Menschenbild von CDU, CSU und FDP aus.

Für den Bundeshaushalt 2011 arbeitet die Bundesregierung mit Luftbuchungen in Milliardenhöhe. Dazu gehört die ungeklärte Kostenbeteiligung der Banken an der Finanzkrise, die zwar Milliardeneinnahmen erbringen soll, es aber völlig unklar ist, wer oder besteuert werden soll. Oder die Brennelementesteuer, bei der die Sicherheit der Atommeiler durch einen modernen Ablasshandel in Geheimverhandlungen gegen zusätzliche Steuereinnahmen eingetauscht wurden. Neben Bremen werden auch die anderen SPD-geführten Bundesländer - ebenso wie die SPD-Bundestagsfraktion - gegen die Laufzeitverlängerung und die Geheimverhandlungen am Parlament vorbei vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe klagen.

Herzliche Grüße,

HRE - Ein Fass ohne Boden - 40 Milliarden Euro an neuen Garantien

Die Nachricht hat uns alle aufgeschreckt: Schon wieder braucht die Hypo Real Estate 40 Milliarden Euro vom Staat. Damit bürgt der SoFFin – der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung – für mittlerweile unvorstellbare 142 Milliarden Euro allein bei der HRE. Und mit ihm wir alle, denn Deutschland haftet für den SoFFin.

Um es gleich klarzustellen: Die neuen Milliarden sind kein bares Geld, sondern Garantien des Staates dafür, dass die HRE die Kredite zurückzahlt, die sie auf dem Kapitalmarkt aufgenommen hat.

Zur Begründung für die neuerliche Hilfe heißt es von der Bank, es gäbe z.B. Währungsrisiken durch den Wertverlust von griechischen Staatsanleihen, die man absichern müsse.

Aber konnte man das nicht vorher wissen? Ich sitze mit Carsten Schneider als einziger Vertreter der SPD im geheim tagenden Bundestagsgremium, das den SoFFin kontrollieren soll. Drei Sitzungen waren über den Sommer geplant. Alle drei wurden mangels aktueller Themen abgesagt. Das riecht für mich nach gezielter Desinformation. Insbesondere da die Bundesregierung mindestens seit Ende August Bescheid wusste.

Die Nacht-und Nebelaktion zeigt vor allem eins: Die Bundesregierung hat weder einen Plan zur weiteren Zukunft der HRE, noch wird sie ihrer Verantwortung gerecht, die Öffentlichkeit ausreichend zu informieren. Das ist hochgradig verantwortungslos.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Meine Aufgaben

Mitglied im

Finanzausschuss

Mitglied im **Gremium Sonderfonds Finanzstabilisierung** (SoFFin) • Stellvertretendes Mitglied im

Haushaltsausschuss •

Stellv. Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** • Stellv.

Vorsitzender der **Arbeits-**

gruppe Kommunalpolitik

der SPD-Bundestags-

fraktion • Stellv. Vorsitzender der

Landesgruppe

Niedersachsen/Bremen •

Stellv. Sprecher der **Parlamentarischen Linken**

Bei Fragen oder Anliegen sprechen Sie mich gerne an!

Kontaktdaten

Mein Büro in Berlin:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

☎ 030 . 227 - 71595

☎ 030 . 227 - 76212

✉ carsten.sieling

@bundestag.de

Mitarbeiter:

Florian Leuthner

Johannes Tiefensee

Katja Tempke

Mein Büro in Bremen:

Obernstr. 39-43

28195 Bremen

☎ 0421 . 35 018 25

☎ 0421 . 35 72 83

✉ carsten.sieling

@wk.bundestag.de

Mitarbeiter:

Gisela Waltemathe

Nils Kuhlmann

Moderner Ablasshandel

Der schmutzige Deal der Atomlobby mit Schwarz-Gelb

Das hat Deutschland noch nicht gesehen. Je mehr Details über die nächtlichen Geheimverhandlungen vom 5. auf den 6. September im Kanzleramt über die Verlängerungen der Laufzeiten der Atomkraftwerke durchsickern, desto eindeutiger kann man sagen: Dieser Tag wird als „schwarzer Sonntag“ in die bundesrepublikanische Geschichte eingehen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Energiepolitisch und im Hinblick auf die parlamentarischen Gepflogenheiten:

Die Aufkündigung des unter Rot-Grün – gemeinsam mit den Kraftwerksbetreibern – ausgehandelten Atomausstieg war im Wahlprogramm von Schwarz-Gelb nachzulesen und deshalb nicht überraschend. Im Schnitt soll die Laufzeit aller Atomkraftwerke um 12 Jahre verlängert werden. Im Schnitt wohl gemerkt. Denn die Betreiber der Atommeiler können die Strommengen von vorzeitig stillgelegten Reaktoren beliebig auf andere Reaktoren übertragen, sodass die letzten Atomkraftwerke wohl erst Mitte des Jahrhunderts vom Netz gehen werden. Anstatt 2010/2011 werden nun erst im Jahr 2019 die beiden ersten Atomreaktoren abgeschaltet. Eine Beteiligung des Bundesrates ist – entgegen der herrschenden juristischen Meinung – nach Ansicht der Bundesregierung nicht notwendig. Einen Eingriff die Verwaltungshoheit der Bundesländer sehen weder Justiz- noch Innenministerium.

Goldene Zeiten für die Strom-Konzerne

Nach Berechnungen des Freiburger Öko-Instituts bringt die Laufzeitverlängerung für die Stromkonzerne zusätzliche Gewinne zwischen 76 und 127 Mrd. €. Die Landesbank Baden-Württemberg schätzt den Wert einer zehnjährigen Laufzeitverlängerung auf 90 Mrd. €. Die Aktienkurse von RWE und EON haben nach dem Deal einen kräftigen Kurssprung nach oben gemacht.

Für die Laufzeitverlängerung wird im Gegenzug eine zeitlich befristete Brennelementesteuer eingeführt. Darüber hinaus müssen die Atombetreiber zunächst 300 Mio. € in einen Fonds zur Förderung erneuerbarer Energien einbezahlen. Lediglich 27 Mrd. € will die Bundesregierung insgesamt für die Laufzeitverlängerung bei den Stromkonzernen abschöpfen.

Bleibt es jedoch wie vorgesehen bei der steuerlichen Absetzbarkeit der Brennelementesteuer, so schrumpft der Anteil der staatlichen Abschöpfung noch weiter. Das Aufkommen der Körperschafts- und der Gewerbesteuer, dass sich Bund, Länder und Kommunen teilen,

sinkt. Es werden Mindereinnahmen von etwa 700 Mio. € jährlich erwartet. Davon entfallen 200 Mio. € auf die Länder und 300 Mio. € auf Städte und Gemeinden.

Kein Endlager weltweit

Damit noch nicht genug. Greenpeace geht davon aus, dass sich die Atommüllmenge durch die Laufzeitmenge verdreifachen würde. Nach Berechnungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) müssen im Rahmen der Laufzeitverlängerung 460 zusätzliche Castorbehälter mit radioaktivem Abfall quer durch die Bundesrepublik in Zwischenlager gefahren werden. Ihr Ziel bleibt unbekannt, denn weltweit gibt es bisher kein Endlager für den giftigen und auf Hunderttausende Jahre hoch radioaktiven Abfall.

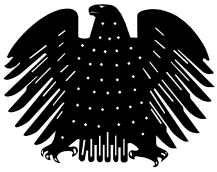
Das Ergebnis des schmutzigen Atom-Deals bringt die Berliner Zeitung bereits am 6. September auf den Punkt: „Denn klar war auch, dass die Jahreszahlen willkürlich gewählt würden – ein schwarz-gelber Mittelwert, gebildet aus Lobbydruck, staatlichen Finanznöten, Energieideologie und verfassungsrechtlichen Erwägungen. Diese Daten haben mit einer objektiven Herleitung aus einem wissenschaftlich entwickelten Energiekonzept nichts zu tun.“

Klage in Karlsruhe

Auch parlamentarisch ist das Ergebnis der Verhandlungen ein Skandal: In Absprache mit dem Kanzleramt hat das Finanzministerium allein mit den Atomstromkonzernen verhandelt. Der zuständige Minister für die Atomaufsicht, Umweltminister Röttgen, wurde erst gar nicht zu den Verhandlungen eingeladen. Und nur durch Zufall wurde bekannt, dass im Rahmen der nächtlichen Verhandlungen ein Zusatzvertrag geschlossen wurde, der die sicherheitstechnischen Nachrüstkosten auf 500 Mio. € pro Atomkraftwerk deckeln soll. So wird indirekt in die Atomaufsicht und damit in eine hoheitsrechtliche Aufgabe eingegriffen. Denn das Atomgesetz sieht vor, dass Sicherheit der Anlagen unabhängig von Kosten durchzusetzen ist.

Und dass das Finanzministerium auf Nachfrage noch nicht einmal erklären kann (oder will), wer außer dem Finanzstaatssekretär Beus diesen Zusatzvertrag unterschrieben hat, schlägt dem Fass den Boden aus.

Diesen modernen Ablasshandel zulasten der Sicherheit werden die SPD-regierten Bundesländer und die SPD-Bundestagsfraktion nicht mittragen und vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen klagen. Die Mehrheit der Juristen sieht gute Erfolgsaussichten.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Zahl des Monats

„4.000.000.000.000“

Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat der Umsatz im internationalen Devisenhandel zwischen 2007 und 2010 um rund ein Fünftel zugenommen. Täglich wird nun im Durchschnitt die unvorstellbare Summe von 4 Billionen (4 Tausend Milliarden) Dollar umgesetzt.

Zitat des Monats

„Es ist nicht mehr nachzuvollziehen, wenn ein Manager das 720fache von den mittleren sonstigen Gehältern in seinem Unternehmen verdient oder wenn die Summe der Boni der Wallstreetbanker größer ist als die Summe des Geldes, das den ärmsten 850 Millionen Menschen dieser Welt zur Verfügung steht.“

Dr. Markus Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Aufsichtsratsvorsitzender des Evangelischen Entwicklungsdienste (eed), im Rahmen der Veranstaltung „Die Finanztransaktionssteuer: Ursachen der Krise bekämpfen – Verursacher an den Kosten beteiligen!“ am 14. September 2010.

Geldautomaten - Fremdgehen bleibt teuer

Wer hat das noch nicht erlebt: Kein Bargeld in der Tasche und kein Geldautomat der eigenen Bank in der Nähe. Doch nach dem Abheben am fremdem Geldautomaten kommt oft die böse Überraschung: In Einzelfällen bis zu 20 Euro stellen die Banken für das Fremdgehen in Rechnung.

Der Grund dafür sind die sogenannten Interbankenentgelte, also die Gebühren, die sich die Banken untereinander in Rechnung stellen. Bis zu 60 (!) Euro werden dabei manchmal verlangt. Das ist absurd und für die Kundinnen und Kunden nichts anderes als Abzocke. Auch das Bundeskartellamt ermittelt schon. Hier muss sich schnellstens etwas tun. Lösung in Sicht?

Früher durften die Banken maximal vier DM pro Abhebevorgang verlangen. Diese Vereinbarung wurde von den Sparkassen 1997 gekündigt. Ihre Begründung damals: Wer so viele Geldautomaten aufstellt wie wir, hat hohe Investitionskosten, auf denen sich die anderen Banken mit weniger Automaten ausruhen. An dieser Auffassung hat sich bis heute nichts geändert, zumal noch die Direktbanken mit noch weniger Automaten dazugekommen sind.

Es stimmt: Von den 55.000 deutschen Geldautomaten betreiben die Sparkassen ungefähr

die Hälfte, die Volks- und Raiffeisenbanken ca. 30 Prozent und die privaten Banken ca. 20 Prozent. Aber gerade die geschmähten Direktbanken betreiben mehr Automaten als sie Marktanteile an Kunden haben.

Zwei Euro sind genug

Unlängst haben sich die Banken untereinander darauf geeinigt, dass die Abhebegebühren zumindest im Geldautomaten angezeigt werden sollen. Außerdem sollen die horrenden Interbankenentgelte wegfallen. Das ist ein erster Schritt.

Transparenz ist gut, reicht aber längst noch nicht. Experten sagen, dass eine Obergrenze von zwei Euro pro Abhebevorgang ausreicht.

Notfalls muss das gesetzlich geregelt werden. Denn Wettbewerb darf nicht auf dem Rücken der Kunden ausgetragen werden. Ein Abhebevorgang kostet die Banken im Durchschnitt 60 Cent. Selbst bei zwei Euro Gebühren verdienen sie also noch Geld.

Verbraucherschutzministerin Aigner laviert seit Monaten herum. Passiert ist bisher nichts. Zwischen den verschiedenen Ressorts der Bundesregierung gibt es weiterhin keine abgestimmte Position. So bleibt Fremdgehen weiter teuer.

Anleger ohne Schutz

Nach Schätzungen der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. investieren Anlegerinnen und Anleger jährlich 40 bis 50 Mrd. Euro in Produkte des sog. „Grauen Kapitalmarktes“. Dieser ist, da er weitgehend unreguliert und unbeaufsichtigt ist, für die Verbraucherinnen und Verbraucher besonders risikoreich. Auf diesem Markt tummeln sich 70.000 Vermittler, viele von ihnen unseriös, ohne Finanzausbildung und ausreichende Haftung. Da ist Unheil vorprogrammiert.

Millionenschäden durch Phoenix

Spektakuläre Fälle wie die Insolvenz der Phoenix Kapitaldienst GmbH mit 30.000 Geschädigten und 200 Mio. Euro Schaden sind nur die Spitze des Eisberges. Deshalb müssen wir den „Grauen Kapitalmarkt“ schnellstens ans Licht holen und umfassend regulieren und beaufsichtigen. Die SPD hat dazu unter meiner Federführung konkrete Vorschläge gemacht.

Mit großen Getöse hat nun auch die Bundesregierung unlängst ihren Diskussionsentwurf für ein Anlegerschutzgesetz vorgestellt. Darin enthalten: Eine Qualifikation sog. „Graumarkt-

produkte“ als Finanzinstrumente. Damit wären sie – und ihre Vermittler – der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) unterstellt worden.

Regulierungspläne eine Farce

Doch auf Druck der Lobby – fleißig unterstützt von Wirtschaftsminister Brüderle – wird das jetzt wieder zurückgenommen: Nicht mehr die Bafin soll die Aufsicht über die Vermittler haben, sondern die kommunalen Gewerbeaufsichtsämter. Das ist nichts anderes als eine Farce.

Jetzt droht die komplette Zersplitterung der Aufsicht unter dutzenden Behörden ohne spezifische Finanzkompetenz, die jetzt schon am Rande ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten. Wie sollen sie wirksam 70.000 Vermittler überwachen?

Die Bundesregierung ist wieder einmal als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Auf der Strecke geblieben sind erneut die Anlegerinnen und Anleger.

Den Antrag der SPD zum Anlegerschutz gibt es [hier](#) zum Nachlesen.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Kurzmeldungen

+++ Kaum neun Monate nach Einführung des umstrittenen Mehrwertsteuerprivilegs für Hoteliere ist die Mövenpickpartei FDP nach Aussage ihres Generalsekretärs bereit, zum alten Steuersatz von 19 Prozent zurückzukehren. Die CSU will von einer Rückkehr zum vollen Satz jedoch nichts wissen. Die Steuermindereinnahmen von mehr als 1 Mrd. € nimmt sie billigend in Kauf. +++

+++ Kleinlaut musste die Bundesregierung auf meine Nachfrage eingehen, dass Bankenabgabe nur im wirtschaftlichen Boomjahr 2006 Einnahmen von 1,3 Mrd. € generiert hätte. In den Jahren 2008 und 2009 hätte das Aufkommen bei lächerlichen 300 bzw. 500 Mio. € gelegen. Die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise sieht meines Erachtens anders aus. +++

+++ Die Hoffnung einen Teil des schwarz-gelben Sparpakets im Bundesrat zu blockieren hat sich zerschlagen. Eine Prüfung im Justiz- und Innenministerium hat ergeben, dass auch der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger ohne Zustimmung der Bundesländer gestrichen werden kann. Damit werden den klammen Städten und Kommunen weitere Belastungen in Höhe von 100 Mio. € aufgebürdet. +++

Sechs Wochen Wahlkreis „am Stück“

Mit Beginn der neuen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag am 13. September ging meine mehr als sechswöchige „Sommertour“ zu Ende, in der ich ausgiebig in meinem Bremer Wahlkreis unterwegs war .

Die Sommerpause des Bundestages bot eine gute Möglichkeit, mich „am Stück“ meinem Wahlkreis zu widmen. In Bremen wiederum bietet die Sommerzeit im August und September mit den unterschiedlichsten Sommer-, Nachbarschafts- und sonstigen Festen eine Reihe wertvoller Gelegenheiten, die Stadtteile zu besuchen, Bürgerinnen und Bürger zu treffen und interessante Gespräche zu führen, sowie die Stimmung vor Ort in den Quartieren aufzunehmen.

Unterwegs im Wahlkreis

Auf den verschiedenen Festen, wie etwa beim Familienfest Tenever oder dem Straßenfest vorm Treff Waschhaus in der Vahr, habe ich ganz klar den Erfolg unserer Bremer Politik des sozialen Zusammenhalts gespürt. Vom gemeinsamen Vorbereiten und Organisieren der Feste, bis fröhlichen Feiern zeigt sich eine tolle Gemeinschaft in den Quartieren. Dies ist auch eine gute Antwort auf die bestehenden

und noch geplanten Einsparungen und Kürzungen, die das Leben in den unterschiedlichen Stadtteilen noch vor Herausforderungen stellen wird. Bleibt es bei den geplanten Kürzungen bei der Städtebauförderung, hätte dies verheerende Auswirkungen auf die Arbeit der vielen Initiativen in den Stadtteilen.

Städtebauförderung bedroht

Zum Thema „Kürzungen bei der Städtebauförderung“ habe ich noch einmal bewusst einen Vormittag lang mehrere Einrichtungen in der Neustadt besucht. Hier habe ich mit Mitarbeitern der Einrichtungen und Vertretern des Bremer Bauressorts diskutiert, welche konkreten Auswirkungen die geplanten Einsparungen haben würden. Es ist wichtig, hier öffentlich Druck zu machen, denn schließlich kommt diese Schwarz-Gelbe Regierung nur so in Bewegung!

Außerdem habe ich meine Bürgersprechstunden fortgeführt, diesmal in Horn und unter freiem Himmel. Das Wetter spielte mit und so konnte ich einige interessierte Bürger am Stand vor dem Lestra-Einkaufsmarkt begrüßen.

Gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt vorgehen - Besuch des Projektes ADA

Das Bremer Projekt ADA (Antidiskriminierung in der Arbeitswelt) ist ein in Deutschland bislang einmaliges Pilotprojekt. Um mich über dessen Arbeit zu informieren, habe ich das Projekt am 24. August 2010 in dessen Räumen im DGB-Gewerkschaftshaus besucht.

Diskriminierung in seinen unterschiedlichsten Formen ist ein weitverbreitetes Problem, gerade auch in der Arbeitswelt. Eine Bekämpfung ist jedoch häufig schwierig, weil die Betroffenen ihre Rechte in der konkreten Situation nicht kennen, oder ihnen der Mut oder die Unterstützung fehlt, um etwas gegen die Diskriminierung zu unternehmen.

ADA hat es sich zur Aufgabe gemacht, dies zu ändern und jeder Form von Diskriminierung in der Arbeitswelt gezielt entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck bietet das Team Beratung von Betroffenen an. Die Mitarbeiter versuchen zu helfen, indem sie zuhören, zusammen mit den Betroffenen Lösungsansätze entwickeln und sie auf Wunsch bei ihren Bemühungen unterstützen. Neben der Beratung bietet ADA zudem unterschiedliche Bildungsmöglichkeiten an, deren Ziel es ist, eine Sensibilisierung für die unterschiedlichen Formen von Diskriminierung zu erreichen und Gegenstrategien aufzu-

zeigen. Um wirksam gegen Diskriminierung vorgehen zu können streben die Mitarbeiter zudem eine möglichst enge Vernetzung mit verschiedenen Interessenvertretungen und Initiativen an. Wichtig ist es, die Einbindung der Gewerkschaften weiter voran zu treiben..

Beim Besuch konnte ich mich davon überzeugen, dass das Projekt sehr wichtige Arbeit leistet und damit eine Lücke im Netzwerk von Initiativen und Beratungsstellen abdeckt, die bislang leider zu wenig Aufmerksamkeit erfahren hat.

Um auf diesem Gebiet auch künftig was zu bewegen, müssen die wenigen barrierefreien Einrichtungen erhalten bleiben und dürfen keinen Einsparungen zum Opfer fallen. Es gilt vielmehr, die guten bestehenden Beratungsnetze fortzuentwickeln, Strukturen zu verfestigen und staatliche Unterstützungsmöglichkeiten zu prüfen. Ich werde mich auch in Berlin dafür einsetzen, dass solche Projekte wie ADA die nötige Aufmerksamkeit erfahren und ihre Arbeit fortsetzen können.

Kontakt Projekt ADA: DGB Haus Bremen, Bahnhofplatz 22-28, ☎ (0421) 69 628 638, ✉ info@ada-bremen.de, [ADA im Internet](#)



Dr. Carsten Sieling, MdB

Einladung der SPD-Bundestagsfraktion zur Veranstaltung

„Finanzmärkte brauchen Regeln - Lehren aus der Krise ziehen“

Zusammen mit

Folker Hellmeyer,
Chefanalyst der Bremer Landesbank

und

Dr. Matthias Kollatz-Ahnen,
Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Luxemburg

diskutieren wir über die notwendige Regulierung der Finanzmärkte, um neue Krisen zu verhindern.

Freitag, den 24.9. 2010 um 16 Uhr

Haus der Bürgerschaft,
Am Markt 20, 28195 Bremen

Eine Anmeldung zur Veranstaltung ist online [hier](#) möglich.

Die Vergessenen - Wie das Taxigewerbe um seine Existenz fürchtet

Gastbeitrag von Jan Cassalette (Hallo TAXI)

Viele Bremer Taxifahrerinnen und Taxifahrer fristen seit vielen Jahren ein Dasein an der Grenze des Existenzminimums. Stundenlöhne zwischen 4 und 6 Euro sind keine Seltenheit. Die wirtschaftliche Lage setzen dem Gewerbe zu, Privatkunden bleiben aus und Dienstreisen werden zusammengestrichen. Ein Vorstoß der Regierungskoalition in Berlin, reduzierte Mehrwertsteuersätze zu überprüfen, könnte nun das Aus für die über 100 Jahre alte Dienstleistung bedeuten.

Dass das dramatische Auswirkungen auf weite Teile der Gesellschaft haben könnte, erfuhren Carsten Sieling beim Fachgespräch mit Fred Buchholz, Geschäftsführer des Taxi Rufs Bremen und Präsident des Bundesverbandes (BZP), und Thomas Grätz, Geschäftsführer des BZP. So stellt das Taxi für ältere Menschen in vielen Regionen, in denen etwa keine Busse mehr fahren, die einzige Möglichkeit dar, Arzttermine wahrzunehmen. Denn Taxis unterliegen der sogenannten Beförderungspflicht, müssen also jeden noch so kurzen Fahrauftrag ausführen. Auch, wenn diese nach rein betriebswirtschaftlichen Maßstäben längst nicht mehr rentabel wären. Der Staat hat das Taxigewerbe für diese Pflicht bisher mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent "entschädigt". Werden in Zukunft, wie von CDU und FDP angedacht, volle 19 % erhoben, würde sich die wirtschaftliche Situation

on vieler Taxiunternehmerinnen und -unternehmer weiter zuspitzen. Es wäre absehbar, dass gerade in ländlichen Gebieten das Angebot gänzlich eingestellt werden würde. Fred Buchholz: "Wir erfüllen einen öffentlichen Auftrag, von uns hängt die gesellschaftliche Teilhabe ganzer Bevölkerungsschichten ab. 19 % Mehrwertsteuer würde eine Taxifahrt nicht nur verteuern, uns würden zahlreiche Unternehmen wegbrechen." Das habe dramatische Konsequenzen auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Carsten Sieling versprach so auch, die Debatte an die Öffentlichkeit zu tragen. "Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu erfahren, welche Folgen die Politik der Berliner Koalition für die Bevölkerung hat. Eine solch schwerwiegende Entscheidung darf und wird nicht im stillen Kämmerlein getroffen, dafür werden wir als Opposition sorgen."

Außerdem sprach sich Carsten Sieling für eine Anpassung der (Bremer) Taxiordnung aus. So solle sichergestellt werden, dass Taxler etwa mobilitätseingeschränkten Menschen besser helfen können, indem sie diese bis an die Wohnungstür begleiten. Dies ist derzeit eine freiwillige Leistung, soll aber in die Taxiordnung aufgenommen und so verbindlich vorgeschrieben werden.

Carsten Sieling zu Besuch bei der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft Bremen

Gastbeitrag von Tobias Assmann (DLRG)

Am Donnerstagnachmittag, den 26. August 2010 war der Bundestagsabgeordnete Dr. Carsten Sieling bei der DLRG im Land Bremen zu Besuch. Dr. Carsten Sieling war Gast bei der DLRG, um sich über die ehrenamtliche Arbeit der Rettungsschwimmer zu informieren. Er konnte so die Möglichkeit wahrnehmen, sich direkt vor Ort mit Kameraden der DLRG über die Problematik der Führerscheinsituation für Rettungsorganisationen zu unterhalten, den Sachstand zu prüfen und direkt mit den Einsatzkräften zu diskutieren.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der DLRG im Landesverband Bremen Herrn Dr. Bernt Schulte wurde Dr. Sieling durch zwei Einsatztaucher in das neue Taucheinsatzfahrzeug mit Motorrettungsboot aus dem Bezirk Bremen-Stadt eingewiesen.

Björn Haje, Leiter Einsatz im Landesverband Bremen, schilderte die Lage zum Thema „Feuerwehr Führerschein“. Aufgrund der im Jahre 1999 erfolgten Änderung der Führerscheinverordnung ist es mit den heutigen Führerscheinen der Klasse B nicht mehr möglich

Fahrzeuge über 3,5t oder Anhänger mit einem Gewicht von mehr als 750 kg zu führen. Dies stellt die Feuerwehren sowie die Hilfsorganisationen vor erhebliche Probleme. Die erforderlichen Führerscheine müssen z.B. durch die DLRG in Bremen derzeit aus den knappen Finanzmitteln finanziert werden. Die bereits im letzten Jahr beschlossene aber in Bremen noch nicht umgesetzte Möglichkeit der Erlangung eines „Feuerwehrführerscheins“ für Fahrzeuge bis 4,75t ist ein Schritt in die richtige Richtung, hilft aber bisher nicht für die bei der DLRG vielfach eingesetzten Anhänger über 750kg zum Transport von Rettungsbooten. Dr. Sieling sagte zu, die entsprechende Bundestagsinitiative zur Erweiterung des Feuerwehrführerscheins auf Anhänger zu unterstützen.

Nach dem gemeinsamen Gesprächen mit einigen Funktionären der DLRG und Dr. Sieling über die Arbeiten und Aktionen der DLRG speziell im Landesverband Bremen, gab es noch eine Führung durch den Geschäftsführer der DLRG in Bremen Herrn Martin Reincke durch das Gebäude des Landesverbandes.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Terminübersicht - Achtung! Termine können sich auch kurzfristig ändern. Die aktuellsten Termininformationen bitte meiner [Homepage](#) entnehmen.

Montag,	20. September,	10.00:	Besuch des Deutschen Forschungszentrums für künstliche Intelligenz an der Universität Bremen,	Bremen
Dienstag,	21. September,	09.30:	Diskussionsveranstaltung zum Thema „Regulierung der Finanzmärkte“, mit Schülern aus dem Bankenbereich, Schulzentrum Grenzstraße,	Bremen
		19.00:	Veranstaltung „Frauen in Aufsichtsräte“, Handelskammer Bremen,	Bremen
		20.00:	Teilnahme an Abendveranstaltung der Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden,	Bremen
Mittwoch	22. September,	18.00:	Veranstaltung der SPD-Bürgerschaftsfraktion „GEWOBA sichern statt Zukunft verschleudern“, Bürgerzentrum Neue Vahr,	Bremen
Donnerstag,	23. September,	09.30:	Vorlesen als Lesebotschafter in der Kita St. Georg,	Bremen
		19.30:	Podiumsgespräch über die UN-Millenniumsziele, Ev. St.-Markus-Gemeinde, Arster Damm 12-18,	Bremen
Freitag,	24. September	16.30:	„Finanzmärkte brauchen Regeln“, Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion, im Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20,	Bremen
Samstag,	25. September	10.00:	Teilnahme an der ver.di-Bezirkskonferenz,	Osterholz-Scharmbeck
Montag,	27. September,	11.00:	Bericht aus dem Bundestag bei einem Bildungsurlaubsseminar von Mercedes-Beschäftigten, Bürgerhaus Hemelingen,	Bremen
		18.00:	Wahlprogramm-AG der SPD-Bremen,	Bremen
Dienstag,	28. September,	10.00:	Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
		12.30:	Gespräch der Arbeitsgruppe Luft- und Raumfahrt der SPD-Bundestagsfraktion zum Galileo-Projekt,	Berlin
		13.30:	Mittagstisch der Parlamentarischen Linken,	Berlin
		15.00:	Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
		19.00:	Parlamentarischer Abend der WestLB,	Berlin
Mittwoch,	29. September,	09.30	Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages,	Berlin
		13.00:	Anhörung des Finanzausschusses zum Jahressteuergesetz,	Berlin
		18.30:	Landesparteitag der SPD Bremen mit Nominierung des Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahlen 2011, Am Speicher XI,	Bremen
Donnerstag,	30. September,	10.00:	Teilnahme an IFAM-Konferenz zur Klebetechnik,	Bremen
		16.00:	Arbeitsgruppe Kommunales der SPD-Bundestagsfraktion, SprecherInnen-Runde,	Berlin
		19.00:	ARD-Hauptstadttreff, Hauptstadtstudio,	Berlin
Freitag,	01. Oktober,	08.00:	Sitzung Gremium Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin),	Berlin
Samstag,	02. Oktober,	11:20:	Talk bei Infotour zur Deutschen Einheit, Kaffee-Quartier Überseestadt,	Bremen
Sonntag,	03. Oktober,	11.30:	Teilnahme am Festakt zum Tag der Deutschen Einheit,	Bremen
		13.00:	Empfang des Bundespräsidenten,	Bremen
		16.00:	Forum Plenarsaal, Festgelände Überseestadt, Am Kaffee-Quartier,	Bremen
Montag,	04. Oktober,	16.00:	Podiumsdiskussion zur Finanztransaktionssteuer beim Deutschen Derivate Tag,	Frankfurt
Dienstag,	05. Oktober,	10.00:	Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
		15.00:	Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
		19.00:	Veranstaltung der Landesgruppen Niedersachsen/ Bremen für Bremer und Niedersachsen in Berlin,	Bremen
Mittwoch,	06. Oktober	09.15:	Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages	Bremen
Donnerstag	07. Oktober -		Delegationsreise des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages nach Washington	
- Mittwoch	13. Oktober		D.C. zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.	